

»Kakerlaken« siegen in Indien

Straßenproteste in Delhi erreichen nach 36 Tagen Ministerrücktritt und Erfüllung weiterer Forderungen - Ohrfeige für Premier Modi

Von Thomas Berger

Jubel am Sonnabend in Delhi: Nach über einmonatigen Straßenprotesten der als Satireaktion gestarteten »Kakerlaken«-Volkspartei (Cockroach Janata Party, CJP) hat Bildungsminister Dharmendra Pradhan nun doch seinen Rücktritt erklärt. Das Kabinettsmitglied aus den Reihen der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) von Premier Narendra Modi reagierte damit auf ein 24-Stunden-Ultimatum der Protestierenden. Daraufhin erzielten Vertreter der CJP und der Regierung in einer dritten Verhandlungsrunde eine umfassende Einigung.

Brutale Polizeigewalt

»All unsere Forderungen wurden akzeptiert. Wir bitten die Protestierenden, sich friedlich zurückzuziehen«, verkündete Ashutosh Rana, einer der Sprecher der CJP, in einem Post auf X. Nach der gemeinsamen Pressekonferenz beider Seiten und dem Bekanntwerden des Einlenkens räumten die vorwiegend jungen Aktivistinnen und Aktivisten ihr Protestcamp am Jantar Mantar, einer der Hauptstraßen im Herzen von Neu-Delhi. 36 Tage hielten sie dort durch.

Es war einst der bis heute als »Vater der Nation« verehrte Mahatma Gandhi, der die Methode des Hungerstreiks erstmals eingesetzt hatte – insgesamt 18mal verweigerte er damals die Nahrungsaufnahme, um politische Forderungen im Unabhängigkeitskampf durchzusetzen. Im längsten Fall dauerte der Hungerstreik 21 Tage. Sogar noch etwas länger, insgesamt 25 Tage, griff jetzt der Umwelt- und Bildungsaktivist Sonam Wangchuk zu dem Mittel, um den Straßenprotest der »Kakerlaken« zu unterstützen. Die am Donnerstag in einem Krankenhaus beendete Aktion trug ebenso zum finalen Erfolg bei wie der stetig angewachsene innenpolitische Druck.

Zu Wochenbeginn hatten die Protestierenden einen friedlichen Marsch Richtung Parlament gestartet [und waren dabei auf brutale Polizeigewalt](#) gestoßen. Die Einsatzkräfte setzten Knüppel und Tränengas ein. Sogar Gummigeschosse wurden auf Demonstrierende abgefeuert, was nun ein parlamentarisches Nachspiel haben könnte. Es gab mehrere Dutzend Verletzte. Videos von den Übergriffen machten im digitalen Raum die Runde – verbunden mit Kritik auch aus den Reihen der etablierten Opposition an der Polizei. Denn Verletzte gab es ebenso, als Beamte vergangene Woche einen Sitzstreik auflösten, den Rahul Gandhi und weitere Vertreter der Kongresspartei (INC), darunter seine Schwester Priyanka Vadra, vor der Residenz Modis gestartet hatten. Der

prominenteste Oppositionsführer wurde festgenommen und kam erst am Folgetag frei.

Während Gandhi mit seiner Aktion noch einen gewissen Alleingang versuchte, suchten der INC und andere Oppositionsparteien seit Donnerstag betont den Schulterschluss mit dem Straßenprotest. Einzelne Abgeordnete, etwa von der sozialdemokratischen Samajwadi Party (SP) oder von der aus einer Antikorruptionsbewegung entstandenen Aam Aadmi Party (AAP), hatten sich schon zuvor aktiv bei den jungen Leuten eingereiht. Die Massen unter dem CJP-Etikett am Jantar Mantar waren sozusagen Indiens Version der sogenannten Gen-Z-Bewegung.

Verhängnisvoller Vergleich

Anders als in den Nachbarländern Bangladesch vor fast genau zwei Jahren und Nepal im September 2025 hat diese nun zwar bisher nicht die Regierung zu Fall gebracht. Nach dem Rücktritt Pradhans als Kernforderung der Demonstrierenden und weiteren Zugeständnissen sind sich die meisten indischen Medien jedoch einig, dass der sonst so fest im Sattel sitzende Modi eine empfindliche Niederlage hinnehmen musste. Alle Anzeigen der Polizei gegen Teilnehmende der Protestbewegung sollen fallengelassen werden, lautet eine weitere Forderung, die angenommen wurde. Kurz nach dem Ministerrücktritt waren bis zur finalen Einigung Protestierende und Polizisten nochmals aneinandergeraten.

»Im guten Glauben« habe man den Protest beendet, so Saurav Das, ein weiterer CJP-Sprecher, in einem Statement. Schon am Sonnabend waren zuvor gesperrte Stationen der Metro wieder zugänglich. Umgehend betraute Modi den Minister für erneuerbare Energieträger und Verbraucherschutz, Pralhad Joshi, ergänzend mit dem Bildungsressort. Ihm obliegt es nun, angekündigte Reformen umzusetzen. Insbesondere sind beim Zugangsverfahren für medizinische Studiengänge ab 2027 Änderungen geplant, die Manipulationen verhindern sollen. An der Wiederholung der landesweiten Aufnahmeprüfung für Medizinstudiengänge, nachdem Prüfungsunterlagen geleakt worden waren, hatten sich die Proteste entzündet. Dahinter stehen vor allem [die mangelnden Perspektiven von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt](#). Ihren Namen verdankt die Bewegung Surya Kant, dem Obersten Richter Indiens. Während einer Gerichtsverhandlung hatte er einige arbeitslose junge Menschen mit Kakerlaken und Parasiten verglichen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526769.wut-der-jugend-kakerlaken-siegen-in-indien.html>